

unfruchtbarsten und unduldsamsten Radikalismus nicht mehr zu tun vermochte.

Dresden. (Das Schuländerungsgesetz.) Dem Landtag ist soden der Entwurf eines Schuländerungsgesetzes für 1928 zugegangen. Der Entwurf enthält außer der Regelung der Pflichtstunden für die Lehrer aller Schulgattungen noch diejenigen Punkte des Entwurfes des Schuländerungsgesetzes 1927, über die der Landtag bei Verabschiedung dieser Vorlage die Entscheidung ausgesprochen hat. Das Gesetz soll am 1. April 1928 in Kraft treten.

Dresden. (Die Verhandlungen in der Hüttenindustrie.) Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Hüttenindustrie sind auf Antrag der Arbeitgeberseite auf Freitag, den 10. Februar, vormittags 11 Uhr, vertagt worden. Man hofft, daß dann eine Einigung zwischen den beiden Parteien zustande kommen wird.

Dresden. (Für Freilassung von Oberleutnant Schulz.) Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Dresdens, der Stahlhelm und der Verband Sächsischer Offiziersvereine, treten mit einer gemeinsamen Entschließung an die Öffentlichkeit. In der Entschließung wird die Freilassung von Schulz und seiner beurteilten Kameraden und die Wiederherstellung ihrer Ehre gefordert.

Leipzig. (Zum Fall Hein.) Der Chef der hiesigen Kriminalpolizei hat im Anschluß an eine Betrachtung des Falles Hein gefordert, daß die Kriminalpolizei eine bessere Bewaffnung erhalte und daß auch sonst Organisationsänderungen innerhalb der Polizei vorgenommen würden, die für eine bessere Leistung unerlässlich seien.

Leipzig, 7. Februar. (Der Umbau des Kaufhauses Brühl.) Nachdem der monumentale Neubau, der für das Kaufhaus Brühl in der Richard Wagner-Straße in kurzer Zeit erstellt worden ist, in Betrieb genommen werden konnte, ist man jetzt an den Abbruch des Zwischenstückes zwischen dem Neubau am Brühl und dem an der Richard Wagner-Straße gegangen. An Stelle dieses alten Baues soll ein Neubau in gleicher Ausführung und gleicher Höhe wie der kürzlich fertiggestellte Neubau in der Richard Wagner-Straße treten.

Leipzig. (Starke Besichtigung der Auslandsausstellungen der Leipziger Frühjahrsmesse.) Auf der erstmalig stattfindenden japanischen Ausstellung auf der Leipziger Frühjahrsmesse werden 114 angesehene japanische Firmen aus allen Landesteilen Japans vertreten sein und tausende von Besuchern der verschiedensten Warengruppen ausstellen. Auf der französischen Ausstellung der Leipziger Frühjahrsmesse sind u. a. 40 große Lyoner Seidenwarenfabriken vertreten. Die italienische Ausstellung verzehnet rund 50 Ausstellerrfirmen.

Warnsdorf. (Der freie Grenzübertritt der Automobile.) Der nordböhmisches Kraftfahrerbund hat auf Grund der ihm zugegangenen Beschwerden über die unterschiedliche Behandlung des Grenzübertritts von Kraftwagen usw. sich an die Prager Zentralstellen gewandt. Nun ist folgender Erlaß des Finanzministeriums bezw. der Finanzlandesdirektion vom 14. Januar 1928, Zahl 1-475 ergangen: Sämtliche Motorfahrzeuge und Fahrräder sind von 4 Uhr früh bis 12 Uhr nachts ohne Gebühren abzufertigen. Die Abfertigungsgebühr von 20 Kronen ist nur bei jenen Automobilen einzuhoben, die Waren transportieren. Der Nordböhmisches Kraftfahrerbund empfiehlt allen Kraftfahrern, denen in der letzten Zeit zu Unrecht Gebühren abverlangt wurden, den Refusweg zu beschreiten, zu dessen Durchführung die Bestätigung über den erlegten Betrag beizubringen ist.

## Innere für alle Zeitungen

vermittelt vollständig kostenlos

Geschäftsstelle des „Pulsniger Tageblattes“

## Nachklänge zum mitteldeutschen Streik. Sächsischer Landtag.

(64. Sitzung.) CB. Dresden, 7. Februar.

Zu Beginn der Sitzung werden zunächst die in der letzten Sitzung beschriebenen Abstimmungen vorgenommen. Der kommunistische Antrag, die Regierung zu ersuchen, den Vertreter Sachsens im Reichsrat anzuzureifen für den Fall, daß die Vorlage der Reichsregierung zum Mieterschutz im Reichstag angenommen wird, im Reichsrat dagegen zu stimmen, wurde an den Rechtsausschuß verwiesen. Weiter wird ein Antrag der Volkspartei auf Verlängerung des Mieterschutzes und des Reichsmietengesetzes in der Ausschussfassung angenommen. Eine Anzahl sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge zu den Mieterschutzbestimmungen wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die vorliegenden drei demokratischen Anträge finden Aufnahme. Die Regierung wird darin ersucht, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß in Mietangelegenheiten das Schiedsgerichtsverfahren ausgebaut und mit verpflichtender Wirkung ausgestaltet wird; ferner bei der Reichsregierung, unbeschadet der Aufhebung oder Lockerung der Zwangswirtschaft, für eine grundsätzliche Änderung des allgemeinen Mietrechts dahingehend einzutreten, daß dem Mieter, der seine Verpflichtungen gegenüber dem Vermieter erfüllt und insbesondere eine angemessene Miete zahlt, nur dann gekündigt werden dürfe, wenn ein wichtiger Grund vorliegt; endlich die Errichtung und die Tätigkeit der bereits im Entstehen begriffenen freiwilligen Schiedsgerichte zu fördern. Den ersten Beratungspunkt bilden zwei kommunistische Anträge zum

### Arbeitszeitnotgesetzentwurf der Reichsregierung.

Die Ausschussmehrheit beantragt Annahme des kommunistischen Antrages, durch den die Zustimmung des sächsischen Vertreters zum Arbeitszeitnotgesetz im Reichsrat mißbilligt wird. Der Antrag findet aber keine Mehrheit. Dagegen wird ein Teil des Ausschussantrages angenommen, durch den die Regierung beauftragt wird, bei der Reichsregierung, dem Reichsrat und dem Reichsrat dafür einzutreten, daß im § 8 des Arbeitszeitnotgesetzes bestimmt wird, daß unter Tage in jedem Fall nur bis zu sieben Stunden gearbeitet werden dürfe. Weiter liegt

ein kommunistischer Antrag auf Errichtung von Filialen zur Durchführung von Versicherungen und Arbeitsvermittlungen für Erwerbslose vor.

Zwei kommunistische und ein sozialdemokratischer Antrag beschließen sich mit den

Lohnkämpfen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, insbesondere bei den sächsischen Werken. Abg. Lieberach (Komm.) schildert angebliche Mißstände in der A.-G. Sächsische Werke.

Finanzminister Weber drückt sein Bedauern darüber aus, daß der Vorredner die als falsch nachgewiesenen Behauptungen wiederholt habe. Die Sache liege so, daß der Streik durch einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch beendet worden sei. Dieser Schiedsspruch ist den Forderungen der Gewerkschaften weit entgegengekommen, so weit, daß eine Anzahl kleinerer Braunkohlenwerke durch die Mehrbelastung an Löhnen ohne gleichzeitige Erhöhung der Kohlenpreise in Bedrängung gekommen sind. Auch die Sächsischen Werke haben an dieser Mehrbelastung schwer zu tragen. Darüber hinaus auch diejenigen Forderungen der Gewerkschaften zu erfüllen, die sie im Schiedsverfahren nicht durchgesetzt haben, ist der Aktiengesellschaft Sächsische Werke schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich. Wenn die Sächsischen Werke mit den Gemeindeelektrizitätswerken und den Kraftanlagen der Industrie wettbewerbsfähig bleiben und die Aufgabe, das Land mit billigem Strom zu versorgen, immer vollkommener erfüllen will, dürfen sie ihre Kesselrohren nicht teurer produzieren als andere Braunkohlenwerke. Es ist nicht möglich, daß die Sächsischen Werke die Arbeiter ihres Werkes Hirschfelde, das zum Oberläufiger Revier gehört, ohne weiteres auf Grund der Tariffrage des Reviers entlassen.

Was von den Löhnen gilt, das gilt auch von der Arbeitszeit. Zum Einlass der Technischen Hochschule in den Braunkohlenwerken Hirschfelde und Böhlen hat die Regierung erst gegriffen, nachdem festgestellt war, daß die Streikleitung es ablehnte, dort die Notstandsarbeiten in dem Umfang durchzuführen, daß die Landesstromversorgung aufrechterhalten werden könne. Die Regierung ist der Technischen Hochschule dankbar, daß sie auf Antrag sofort operativ eingegriffen und die Braunkohlenförderung Hirschfelde und Böhlen in dem Umfang in Gang gehalten hat, daß die großen Kraftwerke während des Streiks fortbetrieben werden konnten. Daß die Technische Hochschule, um gegen Störungen ihrer Arbeit gesichert zu sein, polizeilichen Schutzes bedarf, ist selbstverständlich, überdies aber in den Bestimmungen über den Einlass der Technischen Hochschule ausdrücklich vorgeschrieben. Auch in dieser Beziehung hat die Regierung nur das unerlässlich Notwendige getan und unter dem Zwangsgebote des Tages gehandelt.

Der sozialdemokratische Antrag wird schließlich abgelehnt. Auch die kommunistischen Anträge verfallen der Ablehnung bis auf die Forderung, die Arbeitszeit auf acht Stunden zu reduzieren.

Abg. Wirth (Mfso.) begründete einen Antrag seiner Partei auf Ergänzung des allgemeinen Wertgesetzes, der dahin geht, zur Ergänzung der amtlichen Kontrolle des Bergarbeiterlohnes bei den Bergämtern Leipzig, Stollberg, Zwickau sowie beim Oberbergamt in Freiberg je einen Grubenkontrollleur aus den Reihen der Bergarbeiter einzustellen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Einführung von Grubenkommissionen für den Bergbau und ein kommunistischer Antrag Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen im Bergbau.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß das durch Verordnung vom 17. März 1927 errichtete Grubensicherheitsamt für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau in Sachsen erst am 1. April 1927 in Tätigkeit getreten ist. Die Zeit seiner Wirksamkeit ist zu kurz, um jetzt schon ein abschließendes Urteil über die mit ihm gemachten Erfahrungen abgeben zu können. Die Regierung könne deshalb dem Antrag, die Zusammenfassung des Amtes zu ändern, nicht entsprechen. Aus dem gleichen Grunde möchte auch die vorgeschlagene Änderung des § 8 Absatz 1 der Verordnung vom 17. März 1927 zurzeit unterbleiben. Die Regierung sei der Auffassung, daß die Regelung eines Zuschlages zum Lohn bei Schubarbeiten der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen bleiben müsse. Zur Durchführung des Bergarbeiterlohnes sei bei den Bergämtern Zwickau, Stollberg und Leipzig und beim Oberbergamt Freiberg von jeher ein Grubenkontrollleur aus den Reihen der Bergarbeiter vorhanden.

Nach längerer Aussprache, an der sich Redner der beiden Linksparteien beteiligten, werden die Anträge zur Nachverhandlung an den Ausschuß zurückverwiesen.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entspinnt sich bei Bekanntgabe der Tagesordnung der nächsten Sitzung. Die Koalitionsparteien fordern, daß die in erster Stelle stehenden sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Änderung des sächsischen Wahlgesetzes abgesetzt und erst dann behandelt werden, wenn die Entscheidung des Staatsgerichtshofes gefallen sei. Die Linksparteien verlangen die Beratung der beiden Anträge. Bei der Abstimmung bleiben sie in der Minderheit.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 9. Februar 1928. Tagesordnung: Schulfragen.

## Tagungen in Sachsen.

Bauerntag in Neustadt.

Die Ende voriger Woche stattgefundene Versammlung des Sächsischen Bauernbundes bez. Pirna, Ortsgruppe Neustadt und Umgegend, war sehr gut besucht. Landwirt Schnub wandte sich gegen die von sozialdemokratischer Seite betriebene Verbindung zwischen Klein- und Großgrundbesitz. Die Einführung eines Dienstpflichtgesetzes halte er für sehr angebracht. Danach müßte jeder Junge und jedes Mädchen zwei Jahre lang in der Landwirtschaft beschäftigt werden. Man würde dann für die Belange der Landwirtschaft mehr Verständnis haben. Von Seiten des Staates müsse dazu ein Pflanzertum eingerichtet werden, damit Auswüchse vermieden werden. Handwerksmeister Hauschild-Bad Schandau (Wirtschaftspartei) betonte, daß die Ziele der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes dieselben seien. Sie müßten alle dieselben Lasten tragen. Redner kritisierte die Zustände, die dazu angetan seien, den Mittelstand zu untergraben, obwohl er nach § 64 der Reichsverfassung vor Auslösung zu schützen sei. Millionen würden aus ihm herausgezogen, viele Existenzen vernichtet. Alle Vorstellungen der Spitzenverbände (Annungen) bei der Regierung, diesen Zuständen Einhalt zu gebieten, seien vergeblich. Ein fester Zusammenschluß des gesamten Mittelstandes sei daher notwendig.

## Der Siegeszug des deutschen Rundfunks.

Deutschland mit 2 Millionen Hörern an zweiter Stelle in Europa.

Berlin. Anlässlich eines vom Rundfunkkommissar und der Reichsfunkgesellschaft veranstalteten Vortragsabends ergriff der Rundfunkkommissar Staatssekretär a. D. Dr. Bredow das Wort. Dr. Bredow schilderte die Entwicklungsgeschichte und Organisation des Rundfunks, dessen schnelle Entwicklung gerade in Deutschland bemerkenswert ist; denn die Teilnehmerzahl hat sich innerhalb der Zeit vom 1. Januar 1924 bis 1. Januar 1928 von 1500 auf 2 Millionen erhöht.

Allerdings sei die Steigerung der Teilnehmerzahl bisher hauptsächlich durch den Ausbau des Sendenezes und Verstärkung der Sender, d. h. durch Aufwendung sehr beträchtlicher Kapitalmittel, erreicht worden, so daß infolge der unverhältnismäßigen Erhöhung der Betriebskosten das wirtschaftliche Ergebnis sich nicht entsprechend der Ausbreitung des Rundfunks verbessern konnte. Deutschland stehe jetzt nach England, das 2,3 Millionen Hörer besitzt, mit 2 Millionen Hörern an zweiter Stelle in Europa, dann folgen Frankreich, Schweden, Desterreich usw. In der Reichshauptstadt habe sich der Rundfunk am günstigsten entwickelt. Während der Durchschnitt der Rundfunkteilnehmer im ganzen Reich 3,2 v. H. der Einwohner betrage, lämen in Groß-Berlin auf 100 Einwohner mehr als 12 Rundfunkteilnehmer.

Zwischen 8 und 9 Millionen seien im letzten Jahre allein an Honoraren für Autoren und Künstler bezahlt worden. Mehr als 300 gewerbliche Betriebe mit rund 7000 Personen seien ausschließlich bei der Herstellung von Funkapparaten tätig, während ein Vielfaches dieser Zahl in verschiedenen Spezialindustrien mit der Anfertigung von Zubehörteilen für Rundfunkanlagen beschäftigt seien.

## Ein ausgefeimter Wettbewerb aufgedeckt.

Hamburg. Die Hamburger Kriminalpolizei hat eine in Hamburg ansässige Betrügergesellschaft ausgehoben, die seit Jahren erfolgreich die Funkübermittlung französischer Rennen ausgefungen und die ihnen bekanntgewordenen Rennergebnisse benutzt hat, um in letzter Minute bei Buchmachern Wetten zu belegen. In den Betrügereien sind mindestens acht Personen beteiligt. Die drei verhafteten Haupttäter haben eingestanden, den Schwindel auch in anderen deutschen Städten, so in Berlin, Chemnitz, Bremen, Düsseldorf, Leipzig, Hannover, Magdeburg, ausgeführt zu haben. Die Betrüger arbeiteten mit einem Dreiröhrenapparat, mit dem sie die Rennergebnisse aufnahmen. Die Hamburger Buchmacher sind in wenigen Tagen um 6000 Mark geschädigt worden, die Schadenssumme in Leipzig dürfte 10 000 Mark betragen.

## Das Scherflein des großen Unbekannten.

Immerhin ein Zeichen beispielloser Vaterlandsliebe.

London. Ein Wohlthäter, der seinen Namen nicht genannt hat, hat dem englischen Schatzkanzler Churchill 500 000 englische Pfund (10 Millionen Mark) überwiesen, die auf eine Reihe von Jahren angelegt und dann mit Zins und Zinseszins als Beitrag zur Tilgung der englischen Kriegsschulden verwendet werden sollen.

Der Schatzkanzler hat über „dieses bedeutende Geschenk, das in seinem Charakter beispiellos ist“, die Dankbarkeit der Regierung ausgedrückt. Es ist allerdings noch eine besondere Gesetzgebung erforderlich, um es möglich zu machen, daß der Betrag länger als 21 Jahre zur Zinsansammlung angelegt werden kann.

Ist dieser Betrag auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein und bedeutet er zurzeit nur wenig, gemessen an der gesamten Kriegsschuld Englands, so ist er doch, wie ein Berliner Mittagsblatt ausrednet, in hundert Jahren bei 5 Prozent Zinsen auf 320 Millionen Pfund angewachsen. In 200 Jahren ist das Geschenk dann schon so groß, daß mit ihm Englands gesamte Kriegsschuld gedeckt werden kann. Fragt sich nur, ob Englands Gläubiger so lange Geduld haben.

## „Ein einziger Wehshrei halt durch das ganze unglückliche Land.“

Die katholischen Organisationen Tirols erlassen an die Katholiken der ganzen Welt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Ein einziger Wehshrei halt durch das ganze unglückliche Land. Aber er darf nicht laut werden; denn schon haren Ketzer und Ketten derer, die für das heiligste aller Rechte die Stimme erheben sollten. Der Vater der Christenheit hat dem entrechteten Südtirol den Religionsunterricht in der Muttersprache gewährleistet. Die Katholiken Desterreichs und Deutschlands sind am nächsten und tiefsten betroffen durch dieses unerhörte Unrecht, das man an unseren Stammesbrüdern begehen will. An sie wenden sich in dieser bittersten Stunde die Katholiken Nordtirols: Steht als erste auf zum flammenden Protest gegen das Unrecht, das nicht nur euren Stammesbrüdern, sondern der Kirche Gottes selbst angetan wird!“

In dem Aufruf wird noch betont, daß selbst die Regier Afrika das Recht genießen, die Religion in ihrer Muttersprache kennenzulernen.

## Annahme des Freigabegesetzes im amerikanischen Senatsausschuß.

Rückgabe von 80 Prozent des deutschen Eigentums.

Washington. Der Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses, der die Rückgabe des beschlagnahmten fremden Eigentums vorseht, wurde vom Finanzausschuß des Senats mit einigen unbedeutenderen Änderungen angenommen.

Ungeändert blieben die Bestimmungen der Vorlage über die Rückgabe von 80 Prozent des deutschen Eigentums sowie die Begrenzung der Entschädigung für deutsche Schiffe, Patente und Funkanlagen auf 100 Millionen Dollar. Die Begleichung der Ansprüche der amerikanischen Regierung in Höhe von etwa 60 Millionen Dollar wurde bis zur vollen Befriedigung der deutschen und der amerikanischen Privatgläubiger zurückgestellt. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß deutsche im Jahre 1917 souverän gewesene Fürsten und deren Frauen und Kinder, die an deutschen Schiffahrtsgesellschaften beteiligt waren, von einer Entschädigung ausgeschlossen werden sollen.

## Bur Einkommensteuer-Veranlagung 1928

Unter dem 28. Januar d. J. hat der Reichsminister der Finanzen besondere Richtlinien für die Frühjahrsveranlagung 1928